

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Das vorläufige Wahlergebnis von Berlin.

3. Wahlkreis (Stadt Berlin).

Table with 2 columns: Party name and votes. Includes Sozialdemokraten (310 964), Unabhängige (245 046), Demokraten (130 791), etc.

Es fehlen nu noch die Ergebnisse von vier Abteilungen.

Vorausichtlich entfallen somit auf die Sozialdemokraten 8 Abgeordnete, auf die Unabhängigen 6, die Demokraten 3, die Deutsch-Nationalen 2 Abgeordnete, auf die Deutsche Volkspartei und das Zentrum je ein Abgeordneter.

Die in Moabit liegenden 16 Stimmbezirke haben folgendes Ergebnis erbracht: Demokraten 2425, Sozialdemokraten 6537, Unabhängige 7271, Deutsche Volkspartei 1591, Deutschnat. 2310, Zentrum 1518.

Eine Gegenüberstellung aus 25 Bezirken des Berliner Westens der preussischen Wahl und der Wahlen zur Nationalversammlung ergibt für die Demokraten 6138 gegen 7125 Stimmen, Sozialisten 8799 (10 974), Unabhängige 2951 (3069), Rechtsblock 10 327 (11 893).

Die geringere Wahlbeteiligung, die in Berlin gestern so stark hervortrat, ist in geringerem Grade in ganz Preußen beobachtet worden. Das naturgemäß größere Interesse an der Reichswahl hat die preussischen Wahlen in den Schatten gedrängt.

Politische Schlussfolgerungen lassen sich wohl erst ziehen, wenn das Gesamtresultat aus der Stadt Berlin vorliegt. Die deutsch-nationale Agitation hatte mit besonderem Eifer das Schlagwort verbreitet, es gelte, das alte Preußen unverändert zu erhalten. Im Zusammenhang mit einer scharf antisemitischen Propaganda hat diese Agitation in Heimbildungsstellen Kreise eine gewisse Wirkung angereicht, zumal es die Demokratische Partei unterlassen hat, das Verhältnis Preußen zum Reich in den großen Zusammenhängen des Neuaufrbaues hineinzustellen, der, von den Bedürfnissen der gesamten Nation ausgehend, Rechte, Pflichten und Grenzen der Einzelstämme und Einzelstaaten abwägt.

nisse in der preussischen Nationalversammlung sich nicht sehr von denen der deutschen Nationalversammlung unterscheiden werden. Eine sozialdemokratische Mehrheit kann jetzt schon für ausgeschlossen gelten. Eher wird sich ein kleiner Aus nach rechts geltend machen, der teilweise damit zusammenhängen wird, daß die Rechtsparteien sich auch draußen von dem lähmenden Eindruck der ersten Panik allmählich erholen. Ohne Zweifel wird aber die Sozialdemokratie in der preussischen Konstituante die weitausträkste Partei sein. Ihr werden Demokraten und Zentrum folgen, dann die Deutsch-Nationalen und die Deutsche Volkspartei. Die Unabhängigen werden im Preußen-Parlament wohl etwas besser abschneiden als im Reichsparlament, weil der Wegfall Süddeutschlands, wo ihr Einfluß gleich Null ist ihnen hier zugute kommt.

Die Demokratische Partei wird im preussischen Landtag insofern eine besonders verantwortungsvolle Stellung haben, als sie unter Umständen den Ausschlag dafür zu geben hat, ob Preußen für den Fall, daß auch die übrigen Bundesstaaten den deutschen Gedanken über alles stellen, im Reich aufzugehen bereit ist wie es die Männer von 1848 im Zeichen der Farben Schwarz-Rot-Gold gefordert und erstrebt haben. (Siehe auch vierte Seite.)

Die Kämpfe mit den Polen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Schneidemühl, 26. Januar.

Die echten Lage sind im Abschnitt Schneidemühl, abgesehen von kleinen Streifgefechten an den Neheübergängen, ruhig verlaufen. Die Nehe bildet hier die allgemeine Trennungslinie; jedoch stehen starke deutsche Vorposten auch auf dem südlichen Neheufer. Samotichin, einige Kilometer südlich des Flusses, das am 13. d. M. von uns genommen wurde, ist gegen mehrfache Angriffe von der Richtung Margonin gehalten worden; unsere Artillerie hält hier den Gegner in achtungsvoller Entfernung.

Am Freitag haben die Polen mit schwachen Kräften wieder kleinere Ortschaften südlich Kolmar besetzt; die Stadt Kolmar, um die vor etwa drei Wochen erbittert gekämpft wurde, ist im Augenblick von Polen frei. Die Polen haben mehrfach Verhandlungen über eine „Neutralitätserklärung“ der Stadt vorgeschlagen, stellen aber so unannehmliche Bedingungen — u. a. Nennung aller deutschen Besatzungen bis zur Nehe, neutrale Zonen von 3 Km. nördlich der Nehe, Ueberwachung der Behörden durch polnische Beigeordnete, polnische Aufsicht über den Bahn- und Postverkehr Schneidemühl-Polen —, daß jede Unterhandlung darüber abzulehnen mußte. Ein polnischer Uebergangsvorschlag bei Dohle in der Gegend von Schalkau in der vergangenen Woche wurde blutig abgewiesen. Auf polnischer Seite nahmen auch Frauen am Kampfe teil.

Deutsche, den Polen entlaufene Gefangene berichten aus Czarnikau übereinstimmend über wachsenden Mangel bei den polnischen Freiwilligen, die für verheiratete Soldaten 8 M., für unverheiratete 7 M. tägliche Löhnung fordern, aber jetzt nur noch 1 M. täglich erhalten. In den letzten Tagen soll sich der Polen ihre große Merosität bemächtigt haben, da sie einen Angriff von deutscher Seite befürchten.

Bromberg, 27. Januar. (T. U.)

In Richtung Hohensalza haben wir unsere Postierungen bis an das Südende des Jesuitenweges vorgeschoben. Einige Polen, die sich in Adlig-Wiltsdorf festgesetzt hatten, wurden nach kurzem Feuerkampf vertrieben. Polnische Patrouillen, die sich Steinburg, Josephinen und Potulitz näherten, wurden abgewiesen. Wilhelmshof (5 Kilometer südw. Rast.) wurde von uns besetzt. Eigene Artillerie zerstörte Bänder-Ansammlungen östlich Neuhwalde.

Pichon über das linke Rheinufer.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Haag, 27. Januar.

„Holländisch Nieuwsburo“ meldet aus Paris: Der Minister des Auswärtigen Pichon erklärte Journalisten gegenüber, daß die verschiedenen Nachrichten über die Haltung Frankreichs zur Frage des linken Rheinufers voreilig und nicht ganz richtig seien. Auf die Bemerkung, daß Marschall Foch sich kürzlich gleichfalls über diese Frage ausgesprochen habe, meinte Pichon, der Marschall habe diese Frage als Privatperson berührt, denn die Frage sei im Rat noch nicht erwogen worden.

Völker-Organisation.

Von Alexander Redlich.

Der Völkerbund, den Amerika und die Entente beschlossen haben, hat den Zweck, die internationale Zusammenarbeit zu fördern, die Erfüllung angenommener internationaler Verpflichtungen zu sichern und Sicherungen gegen den Krieg vorzusehen. In dieser Zweckbestimmung fehlt jede Angabe über die Rechtsgrundlage des künftigen internationalen Zusammenarbeitens, über das Wesen der Verpflichtungen der Nationen und vollends über die materielle Basis des internationalen Rechtsverhältnisses, durch das der bisherige Gewaltzustand der latenten oder offenen Kriegsdrohung beseitigt werden soll. Die in dem Pariser Beschluß angegebenen Zwecke können in dem formalen Rahmen eines Völkerbundes auf zwei Wegen erreicht werden. Entweder durch eine solche Verstärkung der Mächte eines einzelnen Staates oder einer Staatengruppe, daß ihr praktisch die volle diktatorische Gewalt über die anderen Mitglieder des Bundes zusteht. Oder durch eine Organisation der Völker, die ein wirkliches Gleichgewicht zwischen Starben und Schwachen und dadurch eine für alle Teile gleich verbindliche Rechtsgrundlage innerhalb des Völkerbundes schafft.

Soll der letztere Weg gewählt werden, so sind vor allem die Völker des europäischen Festlandes organisationsbedürftig. Denn sie verhalten sich, wie bei anderer Gelegenheit an dieser Stelle ausgeführt worden ist (vergl. den Artikel „Demokratische Weltpolitik“, Abendausgabe vom 18. November 1918), zu den angelsächsischen Kolonialmächten wie der besitzlose Arbeiter sich dem durch den Besitz der Produktionsmittel (Rohstoffe) souveränen Arbeitgeber gegenüber verhält. Diese Notwendigkeit des Zusammenschlusses der europäischen Festlandsstaaten ist bisher mit keinerlei ernsthaften Gründen bestritten worden. Auch ihre objektive Möglichkeit konnte nicht geleugnet werden; denn es ist an sich nichts selbstverständlicher als daß Völker, deren weltwirtschaftliche und politische Lebensbedingungen dieselben sind, sich zur gemeinsamen Erfüllung ihrer wichtigsten Aufgaben zusammenschließen und so ihre in der Zerstückelung unzureichenden Kräfte nicht abbieren, sondern durch Organisation potenzieren.

Gewißlich bezweifelst nur die subjektive Möglichkeit der kontinental-europäischen Verständigung, also die Bereitwilligkeit der europäischen Festlandsvölker, ihre bisherigen Differenzen unter Berücksichtigung des gegenseitigen Interesses zu sühnen. Dagegen ist geltend zu machen, daß von dem Anzuge sowohl Frankreich wie Russland mehrfach während der ersten zehn Jahre dieses Jahrhunderts zu einer endgültigen Verständigung mit Deutschland bereit gewesen sind. Allerdings hat der europäische Krieg diese verständlichen Dispositionen, zumal in Frankreich, auf das äußerste gefährdet. Aber ganz abgesehen davon, daß Deutschland durch die Verfassungen der früheren kontinentalen Verständigungsmöglichkeiten die Situation herbeigeführt hat, aus der sich notwendig der Krieg ergeben mußte (womit keineswegs die Schuld am unmitteldbaren Kriegsausbruch gemeint ist), hat es auch während des Krieges, bei den Vorkriegsbeziehungen im Osten und in seiner Waffenstillstandspolitik gegen Frankreich nach Kräften für den Fortbestand und die Vertiefung der kontinentalen Gegenläufe gearbeitet.

So lange Deutschland sich nicht offensichtlich von dieser politischen Richtung abwendet, hat es kein Recht, das Fehlen jeder Aussicht auf eine kontinentale Verständigung seinen bisherigen festländischen Gegnern zur Last zu legen. Die gegenwärtige politische Lage in Europa ist von Deutschland verursacht, und dies legt ihm die Pflicht auf, mit Mut und Offenheit, und auf jede Gefahr hin den ersten Schritt zu ihrer Verrückung zu unternehmen. Es sei hier mit Nachdruck wiederholt, was schon früher (in dem oben zitierten Artikel) über diese Pflicht Deutschlands gesagt worden ist: „Deutschland darf nicht an den Friedensstich treten, ohne vorher die übrigen Völker des Kontinents klar und deutlich wissen zu lassen, daß es entschlossen ist, mit ihnen gemeinsam als ein Gleicher unter Gleichen für die gemeinsame Sicherstellung einer geduldeten Existenz zu wachen, und daß es zu jedem noch so engen Zusammenhänge bereit ist, der den Interessen aller Beteiligten entspricht.“ Diese Forderung ist hier vor mehr als zwei Monaten erhoben worden. Von der deutschen Reichsleitung wurde sie bisher nicht gehört. Darf man sich wundern, daß die